

Wo ist sie geblieben, die Solidarität mit Solidarnosc?

(BaZ-Forum vom 13. Dezember 1982)

Nach einem Jahr beispiellosen Widerstandes gegen das Regime Jaruzelskis musste die polnische Gewerkschaft Solidarnosc eine erste Niederlage einstecken. Zwar bestehen die meisten Gewerkschaftsstrukturen noch. Nach einem Jahr Druckpolitik mit dem Ziel, die Militärregierung zu einem Einlenken zu bewegen, sehen einige Solidarnosc-Führer jedoch ein: *Mit* der herrschenden Bürokratie läuft nichts, eine Lösung *ohne* sie bedeutet aber den Kampf um die politische Macht, mit allen seinen Risiken.

Es wäre nun voreilig, Polen (und den Osten überhaupt) „abzuschreiben“. Wie sich die Lage in den nächsten Jahren entwickeln wird, hängt wesentlich davon ab, welche Schlussfolgerungen die Opposition aus ihrem bisherigen Widerstand zieht. Daher ist auch eine Anteilnahme und Solidarität im Westen weiterhin sinnvoll und notwendig. Allerdings – und darauf zielt dieser Artikel ab – ist es auch hier nützlich, eine Bilanz der bisherigen Polensolidarität zu ziehen. Die Komitees „Solidarität mit Solidarnosc“ haben international versucht, möglichst viele Kreise für eine solidarische Haltung zu gewinnen. Die Erfahrung hat dabei gezeigt, dass hinter den unzähligen westlichen Proteststimmen gegen die Verhängung des Kriegsrechts in Polen ganz unterschiedliche Motive stehen.

Im bürgerlichen Lager demonstrierte am augenfälligsten der US-Präsident Reagan, wie sehr die Polenfrage zu Propagandazwecken missbraucht werden kann. Auch wenn in der spektakulären Polen-Show vom vergangenen Februar eine rote Solidarnosc-Sonne durch den Kulissenhimmel gezogen wurde, kann es Reagan wohl kaum um das Recht auf *unabhängige Gewerkschaften* gehen. Wir haben nämlich erlebt, wie der Präsident der Fluglotsengewerkschaft Patco in Handschellen vor ein US-Gericht geführt wurde, und wir erfahren täglich, wie in Ländern mit US-Militärhilfe (El Salvador, Türkei etc.) Gewerkschafter verurteilt, gefoltert, ermordet werden.

Geht es Reagan um die *elementaren Menschenrechte*? Auch hier ist ein Zweifel angebracht: Erinnern wir uns daran, dass Reagan wiederholt versucht hat, die amerikanische Öffentlichkeit von der „Verbesserung“ der Menschenrechtsslage in El Salvador zu überzeugen. Und in El Salvador – dies sei ohne jede Entlastung Jaruzelskis gesagt – steht es um die Menschenrechte enorm schlechter als in Polen! Dementsprechend ungereimt ist die „Solidarität“ mit der Opposition im Osten. Reagan hat die *Weiterführung der Weizenlieferungen* an die Sowjetunion damit begründet, dass das unterdrückte Volk im „kommunistischen Lager“ nicht auch noch Hunger leiden solle. Aber der gleiche Reagan hat im Frühjahr 1981 einen Kredit an Nicaragua zum Import von Weizen streichen lassen, weil die USA diese „Diktatur“ nicht unterstützen können!

So ist das Unrecht im östlichen Lager ein Vorwand, um die Position der USA in der Weltwirtschaft zu stärken. Der Kontakt der USA mit der EG ist um das Erdgasröhrengeschäft ist dafür ein Beispiel. Was also soll Reagans „Solidarität“? Neben den wirtschaftlichen Motiven geht es offensichtlich um eine *Neuaufgabe des Kalten Krieges*. Das Muster ist bekannt: Der Ostblock ist eine kommunistische Hölle; jede tiefgreifende Reform der Errungenschaften des Westens (Marktwirtschaft etc.) führt zu Zuständen wie in der Sowjetunion usw.

Bekanntlich ist Polen im Westen hoch verschuldet. Dies hat Vertreter der Hochfinanz zur Überlegung veranlasst, unter welchen Bedingungen das geschuldete Geld am besten zurückgezahlt werden kann. Entlarvend ist dazu beispielsweise eine Meinung im „Wallstreet Journal“ vom 21. Dezember 1981: „Die meisten Bankenvertreter denken, dass die autoritären Regimes immerhin den Vorteil haben, dass sie Disziplin durchsetzen können.“ Einerseits werfen sich also die Meinungsmacher im Westen in die Brust, um die Missstände im Osten anzuprangern, andererseits befürchten die gleichen Kreise, dass ein Nachlassen der Unterdrückung in Polen westlichen Interessen schaden könnte! Den gleichen Tonfall

finden wir auch in der „International Herald Tribune“ vom 7. Mai 1981: „Die Unruhen in Polen könnten die Umschuldungsverhandlungen erschweren.“ Es würde zu weit führen, das Verhalten der bürgerlichen Kräfte in der Schweiz aufzuzeigen. Immerhin so viel: Auch hier ist nach einer Flut von Protestresolutionen weitgehende Stille eingetreten.

Enttäuschend ist, dass sich die sozialdemokratischen Parteien zwar gegen das Kriegsrecht ausgesprochen haben, danach jedoch in der Solidaritätsarbeit völlig passiv geblieben sind. Als Beispiel mag die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) dienen. Deren Präsident Hubacher schrieb am 29. Dezember 1981 (in der Basler AZ): „Der polnischen Regierung darf durchaus attestiert werden, nach dem August 1980 für kommunistische Verhältnisse ein eher ungewöhnliches Mass an Verständnis, Dialogbereitschaft und Geduld gegenüber ‚Solidarität‘ gezeigt zu haben.“ Auch wenn Hubacher zugibt, dies sei nicht freiwillig passiert, so schneidet die Bürokratie besser ab als Solidarnosc, von der Hubacher meint: „Das taktische Kalkül wird dabei selten durch besonderes Augenmass oder pragmatische Vernunft bestimmt.“ Fazit: Es musste ja so kommen, man darf sich „nicht darüber hinwegtäuschen, dass es vorerst und für längere Zeit Nacht geworden ist in Polen“. Noch Schlimmeres bot Fredi Hänni (Basler AZ) am Tag der Verhängung des Kriegsrechts. Nach ihm wollte Solidarnosc die Probleme Polens lösen, es sei aber (als Resultat dieser Bemühungen?) eine massive Verschlechterung eingetreten. Daher: „Die dadurch entstandene Unzufriedenheit musste sich letztlich auch gegen ‚Solidarnosc‘ richten.“ Hänni unterstellt also, dass das polnische Volk den Putsch im Grunde herbeigewünscht habe. Und er zitiert den österreichischen Bundeskanzler Kreisky, der das Kriegsrecht als „letzte grosse Anstrengung zur Verhinderung des Schlimmsten“ bezeichnet hat. „Das Schlimmste“ sind der Sturz der Bürokratie und der Versuch der Massen, demokratischere Institutionen zu schaffen. Denn nach Hubacher fehlen ja den Oppositionsbewegungen „Augenmass oder pragmatische Vernunft“. Diese Einschätzung mag erstaunen, sie entspricht aber weitgehend der Politik der Sozialdemokratie im Westen. Der Parteitag 1982 der SPS hat es wieder gezeigt: Die radikalen Aktivisten an der Basis wurden mit unverbindlichen Phrasen zur Selbstverwaltung abgespeist, kontroverse Beschlüsse der Partei kamen gar nicht zur Sprache (z.B. das Rüstungsreferendum). Die damit verbundene Demoralisierung wurde in Kauf genommen, denn eine aktive Basis wünscht die SP-Leitung nur, solange die Führung der Staatsgeschäfte zusammen mit den bürgerlichen Kräften nicht gefährdet wird. Die SPS zieht es beispielsweise vor, ihren Sparminister Ritschard zu „Augenmass“ anzuhalten, anstatt die gewerkschaftliche Basis für den Kampf gegen den Sozialabbau zu gewinnen.

Zusammen mit der Ernüchterung über die „Reaganomics“ hat die Polenfrage in der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung zu wichtigen Debatten und Aktionen geführt. Gleich nach der Verhängung des Kriegsrechts streikten Tausende von amerikanischen Dockarbeitern in Solidarität mit ihren streikenden Kollegen von Danzig. Schon diese Aktion setzte sich von der antikommunistischen Rhetorik eines Reagan ab, waren es doch die gleichen Dockarbeiter, die schon für das Ende des Vietnamkrieges gestreikt hatten. Im Sommer 1982 erklärte dann ein Kongress der Gewerkschaftszentrale AFL, die amerikanische Gewerkschaftsbewegung stehe vor zwei Problemen: der Sicherung der Arbeitsplätze und dem Schicksal von Solidarnosc. Ähnliches lässt sich auch aus Frankreich, Italien und weiteren Ländern berichten.

Auch die schweizerische Gewerkschaftsbewegung hat Ansätze einer positiven Solidarität gezeigt. Die 13köpfige polnische Delegation, die letzten Dezember in der Schweiz vom polnischen Kriegsrecht überrascht wurde, war auf Einladung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes eingereist. Es konnte durchgesetzt werden, dass diese Delegation durch den Gewerkschaftsbund (und die Polen-Komitees) betreut wurde und die Mittel erhielt, ihre Tätigkeit für Solidarnosc weiterzuführen. In der Folge wurden in vielen Kantonen Aktionen durchgeführt, an denen sich auch Gewerkschafter beteiligten. Natürlich ist die gewerkschaftliche Solidarität noch bescheiden. Sie ist aber umso positiver, als sie am ehesten von den gemeinsamen Interessen der Arbeitenden beider Blöcke ausgeht und daher eine Alternative bietet zum Blockdenken, das von Bürgerlichen und leider auch sozialdemokratischen Kreisen gefördert wird.